

Frau
Christine GENC

GZ • BKA-330.040/0474-VII/4/2007

Per E-Mail: christine@chello.at

E-MAIL • BUERGERSERVICE@BKA.GV.AT

Wien, am 6. Juni 2007

Sehr geehrte Frau GENC!

Der Herr Bundeskanzler dankt für Ihr differenziertes Schreiben, das er mit Interesse gelesen. Er hat sein Bürgerservice mit der weiteren Erledigung beauftragt.

Zunächst bitten wir Sie um Ihr Verständnis, dass wir aufgrund der Vielzahl an Schreiben an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Ihnen zu diesem Zeitpunkt antworten.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer stellt sich aktiv den sozialen Herausforderungen der Zukunft, insbesondere jener der Pflege. Im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode findet die Pflegevorsorge umfassende Berücksichtigung. Ein zentrales Ziel dabei ist, die von Ihnen geforderten Rahmenbedingungen für das Pflege-Personal, dem eigentlichen Kern einer guten Pflegepolitik, zu setzen. Einerseits wird aufgrund der demografischen Entwicklung in Österreich die Betreuung und Pflege für ältere Menschen immer mehr nachgefragt werden und eine große Herausforderung für die Politik darstellen. Es sollen die ausreichende Selbst- und Angehörigenpflege, mobile Versorgung zu Hause, Rund-um-die-Uhr-Betreuung zu Hause und betreute Wohnformen bis hin zu teilstationären und stationären Angeboten im Akut-, Übergangs- und Langzeitbereich flächendeckend verfügbar sein.

Andererseits muss dabei natürlich der steigende Bedarf an Arbeitskräften in der Betreuung und Pflege abgedeckt werden können. Gerade jene Personen, die im Pflegebereich tätig sind, stehen unter hoher Belastung und übernehmen viel Verantwortung. Der von Ihnen angesprochene Wettbewerbsdruck und der zunehmende Druck auf ArbeitnehmerInnen im Pflegebereich muss abgefangen werden. Gerade dieser Bereich ist sehr sensibel und bedarf genügender Absicherung. Dabei ist aber auch darauf hin zu weisen, dass gerade beim Thema Pflege sehr viele Kompetenzen, wie Sie aus Ihrer praktischen Erfahrung als diplomierte Fachpflegerin sicher wissen, bei den Ländern liegen. Im Fall der von Ihnen angeführten Steinhofgründe lag die finale Entscheidung bei dem dafür zuständigen Krankenanstaltsverbund. Wir bitten Sie dies nicht als Ausrede zu

verstehen, um die politische Verantwortung von sich zu weisen. Vielmehr zeigt es auf, dass der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt in dieser Frage keine alleinige Entscheidungsgewalt haben. Eine weitere Modernisierung des Bildungswesens im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich im Sinne eines attraktiven und durchlässigen Systems ist ebenfalls notwendig. Es bedarf dazu einer Forcierung eines modernen Berufssektors mit Zukunftschancen und entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bekennt sich zur umfassenden medizinischen Versorgung für alle Menschen, unabhängig von Alter und Einkommen. Es gelten die Grundsätze der solidarischen Finanzierung, des gleichen und möglichst ungehinderten Zugangs zu Leistungen sowie der hohen Qualität und Effizienz bei der Leistungserbringung. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung steht dabei, wie Sie schreiben, der Bedarf der Patientinnen und Patienten. Wichtige Zielsetzungen sind dabei die Vorantreibung der Integration von ambulanter und stationärer Versorgung, die Entwicklung eines besser abgestimmten Planungs- und Steuerungsmodell zwischen Bund, Ländern und Krankenversicherungen, sowie die Entstehung neuer Formen ambulanter Gesundheitszentren, welche vor allem eine bessere fachärztliche Versorgung im ländlichen Raum bewirken werden.

Für den Aufbau einer leistungsfähigen und intelligent differenzierten Versorgungslandschaft für pflegebedürftige und alte Menschen hat die Bundesregierung dem Nationalrat einen Entwurf für ein Hausbetreuungsgesetz samt begleitenden Änderungen in der Gewerbeordnung vorgelegt. Der Gesetzentwurf soll eine Rechtsgrundlage für die bedarfsgerechte Rund-um-die-Uhr-Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen zu Hause und damit einen speziellen Beschäftigungstyp schaffen. Arbeitsrecht, Sozialrecht und Berufsrecht werden an die Besonderheiten selbständiger und unselbständiger Betreuungsleistungen im privaten Haushalt einer PflegegeldbezieherIn angepasst. Kriterien für die Förderung durch die öffentliche Hand in diesem Zusammenhang sind Betreuungsausmaß, Pflegebedürftigkeit und soziale Lage.

In entschiedener Form distanzieren möchten wir uns hingegen von Begriffen wie „Gesellschaftsmaden“ und „Sozialschmarotzern“. Es ist verständlich, dass die Diskussion um den Pflegebedarf in Österreich eine sehr emotionale und sensible ist, da Sie sehr viele Menschen betrifft. Gleichzeitig ist aber niemandem geholfen wenn pauschal vorverurteilt wird. Denn Ausnahmen, die leider die Regel bestätigen gibt es in jeder Berufsgruppe, Ihre Hasstiraden aber speziell gegen „die Politiker“ im Allgemeinen sind ein Zeichen dafür, dass Sie leider schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit gemacht haben müssen.

Schließlich möchten wir allgemein um Verständnis ersuchen, dass das Wahlergebnis vom 1. Oktober 2006 keiner Partei allein jene Mehrheit gebracht hat, mit der sie ihre Vorstellungen ohne wenn und aber hätte umsetzen können. Im Rahmen der gebotenen Kooperation ist es in der Folge natürlich auch notwendig, Abstriche von den eigenen Vorstellungen zu machen und Kompromisse einzugehen, was aber nicht heißt, dass der Herr Bundeskanzler seine Meinung zu den diversen Themen geändert hätte.

Sollten Sie darüber hinaus weitere Frage haben können Sie sich auch gerne an das

Servicetelefon des Bundeskanzlers wenden.

0800 – 222 666 (gebührenfrei)

Das Team des Servicetelefons steht Ihnen von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr gerne zur Verfügung.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit diesen Ausführungen dienen konnten und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
i.V. PUTZ

Elektronisch gefertigt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Interessiert verfolge ich die Disputation über „neue“ Pflegeideen/Grundversorgung. Es fehlen aber grundlegende Änderungen:

Mehr Qualitätskontrolle, speziell im Heimhilfebereich der privaten Anbieter. Definitiv sieht es in der Praxis so aus, dass Heimhilfen den Arbeitsbereich ausgebildeter Pflegehelfer übernehmen müssen! Für Wegzeiten werden 15 Minuten berechnet (man braucht dazu nur den jeweiligen ohnedies nicht vorhandenen BH-Hubschrauber), dass Missmut entsteht wenn ein zu Betreuender in ein Krankenhaus transferiert (ein Verrechnungsblatt weniger). So sieht es teilweise extramural aus!

Meine Frage an sie: „Wie wollen sie den Druck abfangen, was schwebt ihnen vor?“

Es kann nicht allein bei und an den Ländern liegen! Pflege ist ein bundesweites Problem, dass vor allem in den Großstädten zum Tragen kommt. (z.B. Wien)

Dass, sie sich zu umfassender medizinischen Versorgung bekennen, ehrt sie. Nur ein Bekennen hilft den Betroffenen der Zwei-Klassen-Medizin nicht weiter.

Das Hausbetreuungsgesetz hört sich nett an, lässt sich aber so nicht ganz durchsetzen! Es fallen die „leichten“ Pflegefälle durch den Rost! Ich spreche hier für die vielen Härtefälle, bzw. Demenzerkrankten. Hier kommt es zur Kollision zwischen körperlichen Gebrechen und geistigem Abbaugeschehen, da diese Menschen meist voll mobil sind. Aber gerade diese Mobilität macht Betreuung notwendig.

Ich möchte sie, Herr Bundeskanzler, sehen, wenn sie neben ihrem Job extra noch die Pflege eines Angehörigen übernehmen. Wie es dann mit ihrer Psyche und Belastbarkeit aussieht. Denn die meisten Betreuenden in den Familien müssen nebenbei arbeiten (40-Stunden-Woche) um auch für die eigene soziale Sicherheit sorgen zu können! Die Wenigsten verdienen 1500,- bzw. mehr als 1500.-€ monatlich. Das vergessen die Politiker allgemein sehr gerne. Sie schweben auf „Schönwetterwolken“ und haben deshalb nur Bilder durch einen Softzeichner.

Wie heißt es doch:

KRANK und REICH (pekunär abgesichert) das geht noch
KRANK und ARM – Gratulation der Jackpot ist mein!

Die Begriffe „Gesellschaftsmaden“, „Sozialschmarotzer“ spiegeln nur die Meinung der breiten Masse wider (dem Volk auf´s Maul geschaut). Sie sind verständlich wenn man auf der untersten Ebene liegt, steht, arbeitet. Es sind sicher keine fachadäquaten Ausdrücke, ABER sehr gute REIZWORTE!

Ich wollte ihnen nur vor Augen führen wie schlimm es tatsächlich mit allen in der Pflegecausa involvierten Praktikern steht (Pfleger als auch zu Pflegende im gesamten Gesundheitswesen bundesweit)

Das Wahlergebnis macht es nicht allein aus. Es sind viele Faktoren die uns als Wähler und Volk aufstoßen.

Echte Gesundheits- und Sozialpolitik ist gefragt. Es wäre doch schon ein guter Schritt auf die Wählerschaft zu, ungeschminkt der Misskonstellation Politik versus Real-Life ins Auge zu sehen.

Visionär, wenn echte Pflegeprofis an den grünen Tischen mitreden, mitwirken und mitarbeiten könnten. Das heißt Menschen, die wissen wovon sie sprechen, nicht immer nur Gesundheitsmanager und Gesundheitsakademiker. Diese haben zwar auch einmal in der Praxis gearbeitet, sind aber oft schon mehr als 10 Jahre vom Krankenbett entfernt. Sie haben dadurch den Praxisbezug verloren. Glauben sie mir, wenn sich etwas verändert hat, dann waren es immer die Basispflegepersonen denen die Ideen, die Durchführung und Umsetzung in die Realität am Herzen lag. Manches blieb ein Traum, VIELES erreicht!

Kompromisse eingehen?! Das machen wir von der Pflege seit diese reformiert wird. Nur was es tatsächlich bedeutet Freiheit vor Sicherheit zu gewährleisten, können sie nicht einmal erahnen.

Wir werden ständig mit neuen „Verordnungen“ bombardiert. Diese zu ratifizieren kommt einem Spagat auf dem Hochseil gleich und doch schafft es das Heer der Pflegenden mit viel Fingerspitzengefühl.

Das wird als normal hingenommen. Geht etwas nicht gleich so gut, haben die „Hierarchiehöheren“ sofort einen Bösewicht bei der Hand. Wieder ein „Schwarzer Peter“ mehr für einen Betreuer.

Hasstiraden gegen Politiker im Allgemeinen sind leider nicht unbegründet. Nur würde ich gerne das Wort HASSTIRADEN in SCHWERE KRITIK umwandeln. Das trifft besser zu! Als so genannte „Oberschicht“ können sie nicht die echten Kämpfe im Leben sehen. Mir persönlich geht es mittelschichtig, aber viele zu Betreuende haben nicht mehr die Möglichkeit ihr Veto einzulegen, oder gar auf zu stehen. Ich fühle mich gerade für diese Gruppe verantwortlich. Daher die harte Wortwahl!

Mein Vertrauen in die „HOHE POLITIK“ ist nicht das Größte, aber an und in jeder Beziehung muss gearbeitet werden (nicht nur einseitig)!

Das Schreiben an sie, Herr Bundeskanzler, hat vielleicht einen Millimeter Veränderung in ihren Blickwinkel gebracht. Doch viele Millimeter lassen große Strassen entstehen!

Spucken wir in die Hände und versuchen wir ein wenig mehr Hand in Hand (Regierung und Wählerschaft in allen Bereichen) zu arbeiten.

Ich berufe mich hiermit auch auf mein Grundrecht in der österreichischen Verfassung: MEINUNGSFREIHEIT und ÖFFENTLICHKEITSRECHT! Es kann ja nicht angehen, dass man nur als Künstler Kritik üben darf. Das dies nicht immer respektiert wird, möchte ich hier noch zum Ausdruck bringen!

Ihr Antwortschreiben an mich, als auch meine Stellungnahme werde ich ins Zukunftsforum des OWS setzen. Es gibt viele die mit Interesse unsere Kommunikation verfolgen!

Mit herzlichem Dank für ihre Aufmerksamkeit
Und freundlichen Grüßen

Christine Genc
Fachpflegeperson OWS/PAV 15/2

Buchautorin: WORTE
www.christine-genc.at
christine@chello.at

Sechshauserstrasse 73/2/74
1150 Wien
0676/411 47 49